SAZ Suhler Andere Zeitung

25. Jahrgang / Nr. 12
Dezember 2016
Preis: eine Spende

Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Monatsumschau für Links- und Querdenker

Nummer: 295

Ein herzliches Dankeschön gebührt Karin Roth, die den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Stadt diesen wunderschönen Weihnachtsbaum schenkte, den ihr Vater, unser unvergessener Herbert Roth, 1958 gepflanzt hat! Herbert Roth wurde vor 90 Jahren am 14. Dezember geboren.
Allen Leserinnen und Lesern und ihren Familien wünschen wir eine schöne Adventszeit und ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest. Kommen Sie gut ins und durchs neue Jahr, in dem der Frieden wieder sicherer werden möge. Mit dem Blick auf dieses kommende Wahljahr verbinden wir die Hoffnung auf eine Stärkung zivilisierter demokratischer Umgangsformen, eine Isolierung der Hassprediger und einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. *Foto: Griebel*

Suhl-Stadt des Friedens – Der Titel soll leben!

So fasste Karlheinz Walther, ein überaus aktiver Genosse unseres Stadtverbandes, seine Gedanken in einer Zuarbeit für den Stadtvorstand zusammen. 25 Jahre nachdem der Stadtrat 1991 beschlossen hatte, Suhl zur „Stadt des Friedens“ zu erklären, würdigte der Stadtvorstand im September die vielfältigen Aktivitäten der „Suhler Friedensinitiative“ und langjähriger Verbündeter wie kirchliche Kreise und VVN-BdA. Doch wir waren uns auch einig, dass durch die beängstigende Unruhe in der Welt - mit zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen, wachsender Konfrontation zwischen Nord und Süd, NATO und Russland in Europa, im Nahen Osten und in Nordafrika und in deren Folge Hunderttausende von Flüchtlingen - die Verantwortung für eine „Stadt des Friedens“ größer wird. In diesem Sinne zu wirken macht sich der Stadtvorstand deshalb zu einer Aufgabe, die regelmäßig auf seine Tagesordnung gehört.

Gespräche mit potentiellen Partnern über ihre spezifischen Möglichkeiten haben begonnen und werden fortgesetzt. Wir werden hier darüber ebenso informieren wie über konkrete Vorhaben. Gefragt sind auch Eure / Ihre Ideen, liebe Leser, wie sichtbare und öffentlichkeitswirksame Zeichen und Symbole oder Aktionen vom Bekenntnis der Stadt zu ihrem Titel „Stadt des Friedens“ zeugen könnten. Zudem kann sich jeder von uns mit Wortmeldungen in den Medien zur aktuellen Politik und zum Frieden als höchstem Gut, wie das in der Advents-und Weihnachtszeit stets besonders intensiv betont wird, ausdrücklich damit identifizieren.

Mein großer Wunsch für 2017 ist es jedenfalls, dass alle Friedensfreunde unserer Stadt in einem gemeinsamen Netzwerk ihre Kräfte bündeln und in vielfältigem Engagement zeigen: Wir stehen hinter diesem Ehrentitel!

-Sonja Reinhardt-

Diebe, die mit Erlaubnis des Kaisers stehlen,

sind keine Diebe. An diesen fiktiven Rechtsartikel im „Mosaik“ des unvergessenen Hannes Hegen muss ich häufig denken und ich frage mich, ist das nicht Realität? Etliche Banken brachten den Fiskus mit „umstrittenen“ Cum/Cum-Aktiendeals um Steuereinnahmen in Höhe von hunderten Millionen wenn nicht gar Milliarden Euro. Nun ist umstritten, ob ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die Finanzbehörden die Banken schont oder geeignet ist, von diesen Nachzahlungen einzutreiben. Natürlich sind die betreffenden Banken keine Diebe, sie machen nur Geschäfte, im gegebenen Rechtsrahmen. Ein großer Herr hatte eine deutsche Bank geleitet, er durfte sogar einmal mit Freunden seinen Geburtstag im Kanzleramt feiern. Er brachte zwar die Bank in eine „Schieflage“, aber trotzdem „verdiente“ er nicht nur viele Millionen, sondern strich auch noch fette Boni in Millionenhöhe ein. Die will er nun nicht freiwillig zurückzahlen. Natürlich sind solche Herren keine Diebe, sie handeln im gegebenen Rechtsrahmen. Der Vorstand eines Automobilkonzerns hat nicht veranlasst, dass mit einer Betrugssoftware Kunden, die Umwelt und Staatskassen geschädigt wurden. Auch diese Vorstände sind keine Diebe, sie wurden von Untergebenen hinters Licht geführt und handelten immer im gegebenen Rechtsrahmen.
Diebe sind jedoch z.B. Hartz IV-Empfänger, die dem Fiskus nicht mitteilen, dass ihr Sprössling von einer Oma die riesige Summe von 500 Euro geschenkt bekommen hat. So ist das nun mal im gegebenen Rechtsrahmen.
Warum ist dieser Rahmen so, wie er ist? – Eckhard Griebel –

Zum Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes 2030

Die letzte Planungswerkstatt hat für den Zeitraum bis 2030 die Eckpunkte herausgearbeitet, wie sich die komplexe Verkehrsinfrastruktur unter Beachtung politischer, demografischer und anderer Rahmenbedingungen zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger entwickeln soll. Natürlich steht die Beschlussfassung im Stadtrat nach sorgfältigen Abwägungen und öffentlichen Diskussionen noch aus.

Es war richtig, kompetente Planungsbüros in die Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes einzubeziehen. Nur so ist eine fundierte Entscheidungsfindung möglich. „Stärken/Chancen"- bzw. „Schwächen/Risiken"-Betrachtungen bilden die Planungsgrundlage. Solche Leitgedanken dominieren die Strategie wie die Konzentration auf das Stadtzentrum in allen Planungsüberlegungen. Suhl soll eine Stadt der „kurzen Wege" werden. Die Verkehrssicherheit muss bei einem ausgewogenen Verhältnis von Individualverkehr und ÖPNV unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Fußgänger weiter erhöht werden.

Einen großen Stellenwert hat die Gestaltung der drei Hauptachsen von/nach Zella-Mehlis, Meiningen und Schleusingen. Die Planer empfehlen auch den Rückbau von drei- und vierstreifigen Straßenzügen. Unser Standpunkt dazu hingegen ist, das vorhandene Netz u.a. für eine Mobilitätsgarantie und –reserve zu erhalten. Dominierend in dem Entwurf ist auch die Schaffung eines vertretbaren Tempogefälles in der Stadt aus Sicherheitsgründen und im Interesse der Reduktion von Schadstoffen und Lärm. Wir treten ein für Tempo 30 auf den Erschließungsstraßen und auf Abschnitten, wo es im Interesse der Erhöhung der Verkehrssicherheit erforderlich ist, Tempo 50 in Verbindungsstraßen und - abweichend vom Vorschlag der Planungsbüros - Tempo 60 auf den Hauptachsen. Tempolimits sind übrigens ohne großen Investaufwand schnell umsetzbar. Natürlich kosten alle vorgeschlagenen Maßnahmen Geld, das im Planungszeitraum (bis 2030) sorgsam ausgegeben werden sollte.

In der Planungswerkstatt nahm auch die Diskussion über den weiteren Bestand der Fußgängertunnel einen großen Umfang ein. Aus meiner Sicht sind sie die sicherste Möglichkeit, die Hauptachsen zu queren. Fußgängerüberwege sind immer für einen gewünschten Verkehrsfluss hinderlich. Natürlich brauchen wir ein Konzept, wie die Ordnung und Attraktivität in diesen Tunneln, insbesondere in dem am neuen Grand Hotel, wieder hergestellt wird.

Im Zusammenwirken mit der SNG ist die Anbindung der Ortsteile an das Leben im Stadtzentrum weiter zu erhöhen, auch unter Beachtung der bevorstehenden Gebietsreform. Selbst für die Verkehrsplaner ist die Gestaltung des Straßenmarktes in Suhl-Heinrichs eine komplizierte Aufgabe, da sich dort unterschiedlichste Interessen begegnen. Gemeinsam mit den Heinrichser Bürgern, dem Ortschaftsrat und allen Fraktionen halte ich eine vertretbare Lösung für möglich. Obwohl Suhl relativ gut mit Parkplätzen versorgt ist, würde in Heinrichs ein entsprechendes Management die Situation weiter verbessern.

Richtig wurde darauf verwiesen, dass ein hohes Maß an Sensibilität in der komplexen Verkehrsplanung und Gestaltung notwendig ist. Das bedeutet immer die Herstellung der Einheit von Bürgerinteressen, Umweltschonung, Verkehrsdynamik, Barrierefreiheit und gleichrangige Berücksichtigung aller Interessengruppen. Natürlich muss sich alles im vertretbaren finanziellen Rahmen bewegen. - Achim Nickel -

Anmerkung: Das Dokument „ISEK Suhl Verkehrsentwicklungsplan 2030" ist ein Entwurf vom September 2016, ausgearbeitet von 2 Planungsbüros im Auftrag der Stadt Suhl, Bau-und Stadtentwicklungsamt. Leider wurde das Ganze mal wieder nicht besonders gut kommuniziert, sonst könnten nicht zornige Leserbriefschreiber so tun, als hätte der Stadtrat bereits einen fertigen Beschluss gefasst. Die Beschlussfassung im Stadtrat ist für Anfang 2017 vorgesehen. Freilich bedarf es davor noch einer breiten öffentlichen Diskussion über den vorgelegten Entwurf. Dieser sollte an prominenter Stelle auf der Homepage der Stadt einsehbar sein. In der Diskussion ist zu beachten, dass bisherige Vorgaben hinsichtlich der Luftreinhaltung überholt sind. Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben am 23.11.2016 „für strengere Vorgaben bei den Höchstmengen des Schadstoff-Ausstoßes gestimmt...So ist vorgesehen, etwa den Ausstoß von Feinstaub bis 2030 um die Hälfte gegenüber dem Jahr 2005 zu reduzieren, die Menge der Stickoxide sogar um 63 Prozent." (tagesschau.de vom 23.11.2016) Suhl hat bereits jetzt mit der Einhaltung der heutigen Grenzwerte zu kämpfen! Davon unabhängig sollte geprüft werden, was zeitnah und ohne großen Aufwand getan werden kann, um unhaltbare Zustände, wie z.B. in der Zellaer Straße in Heidersbach, zu beseitigen. (Tempolimit 30) –EBE–

Gerd Manig zum Eintrag ins Ehrenbuch vorgeschlagen

Die Fraktionen Die Linke und SPD im Suhler Stadtrat haben Gerd Manig nachträglich zu seinem 75. Geburtstag zum Eintrag in das Ehrenbuch der Stadt Suhl für 2017 vorgeschlagen. In einem Brief an OB Dr. Jens Triebel begründen sie die vorgeschlagene Ehrung u.a. wie folgt: „Gerd Manig hat sich als „Suhler Chronist" und Sammlerlegende in seiner Heimatstadt große Verdienste erworben. Mit Leidenschaft bewahrt er alles auf, was mit der Geschichte seiner Heimatstadt zu tun hat, ob zu namhaften Familien, alten Häusern, Plätzen, Straßen, Fabriken, Firmenunterlagen usw."

Hervorgehoben werden seine Beteiligung an der Erarbeitung und Gestaltung vieler Publikationen (u.a. Unterstützung bei 26 Heften der „Kleinen Suhler Reihe"), die Herausgabe von drei eigenen Büchern über Suhl, seine überaus umfangreiche Publikationstätigkeit in „Freies Wort" und „Wochenspiegel", der Aufbau eines Sportarchivs der Vereine und der sportlichen Höhepunkte in Suhl u.v.m. Erinnert wird auch an Gerd Manigs Erfolge im Billardsport und an sein soziales Engagement als langjähriger Vorsitzender des Fördervereins der Reha Schleusingen. In dem von Ina Leukefeld und Karin Müller unterzeichneten Antrag wird auch gewürdigt, dass Gerd Manig sein eigenes Archiv zur Übergabe an das Suhler Stadtarchiv sowie an das Waffenmuseum und das Fahrzeugmuseum vorbereitet.

Ina Leukefeld hatte Gerd Manig in ihr Abgeordnetenbüro eingeladen, um ihm in einer kleinen Gesprächsrunde für seine Arbeit zu danken und alles Gute für die Zukunft zu wünschen. In interessanten Gesprächen gab es viele Anregungen für die Bewahrung und weitere Erschließung der Geschichte unserer Heimatstadt. – EBE –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Januar-Ausgabe 2017 ist am 16.12.2016

Wohin hat Merkel die Bundesrepublik getrieben?

1966 legte der Philosoph und Publizist Karl Jaspers seine Streitschrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ der Öffentlichkeit vor. Seine Warnung vor der Herrschaft einer Parteienoligarchie und vor der Gefahr eines Hineinschlitterns in eine neue Diktatur stieß auf schroffe Ablehnung durch das politische Establishment. Insbesondere störte seine Kritik der gesellschaftlichen Entwicklung die Bestrebungen des Bundeskanzlers Ludwig Erhard. Mit der Konzeption von der „Formierten Gesellschaft“ wollte er - unter dem Deckmantel der angeblichen Gemeinwohlorientiertheit des staatlichen Handelns - „Sonderinteressen“ rigoros bekämpfen. Mit „Sonderinteressen“ waren (unausgesprochen) die Interessen der Lohnabhängigen, der Bauern und der Mittelschichten gemeint. Letztendlich wollte man die Gesellschaft so „formieren“, dass die optimale Kapitalverwertung nicht durch unliebsame politische Akteure (die Gewerkschaften und große Teile der Studentenschaft) gestört werden konnte. Die Kanzlerschaft des „Vaters des Wirtschaftswunders“ scheiterte jedoch grandios, in einer Wirtschafts- und Finanzkrise wurde deshalb am 1. Dezember 1966 die erste GroKo gebildet (Regierung Kiesinger / Brandt) und die Bewegung der Achtundsechziger kündigte sich 1966/67 durch erste Vorboten an.

Für eine Bilanz der Kanzlerschaft Angela Merkels ist es vielleicht noch zu früh, aber es ist an der Zeit, die Frage zu stellen, wohin sie die Bundesrepublik und Europa getrieben hat. Dabei geht es um objektive Prozesse, um die Resultate ihrer Politik und nicht darum, was sie subjektiv erreichen wollte.

Erstens ist es unbestreitbar, dass unter Merkels Kanzlerschaft (besonders in ihrer Dritten Amtsperiode seit 2013) die Bundesrepublik so weit nach rechts gerückt ist wie zu keiner anderen Zeit nach 1945. Dieser Rechtsruck vollzieht sich in Staat, Gesellschaft und in der gesellschaftlichen Meinungsbildung. Die Parteienlandschaft ist durch die Formierung eines neoliberalen Parteienkartells von CDU/CSU/SPD auf Bundesebene geprägt. Eine erstarkende rechtspopulistische Konkurrenz zu diesem selbst weiter nach rechts rückenden Kartell in Gestalt der AfD birgt die Gefahr in sich, dass parlamentarische Mehrheitsverhältnisse entstehen, die die Demokratie in Gefahr bringen. Niemand sollte sich in der Illusion wiegen, dass Prozesse hin zu autoritär geführten Scheindemokratien wie in Polen und Ungarn in Deutschland nicht möglich sind. Von einer Sozialdemokratisierung der CDU kann keine Rede sein, vielmehr ist die SPD auf Bundesebene durch Gabriel, Steinmeier & Co. nach Schröder immer mehr in eine neoliberale Partei umgewandelt worden, um den Preis eines stetig schwindenden Masseneinflusses. Allerdings gibt es in der SPD beachtenswerte Versuche der Herbeiführung eines Wandels hin zu linksalternativen Positionen.

Zweitens ist vom europäischen Einigungsprozess so gut wie nichts übrig geblieben. Die Art und Weise, wie der Euro seit dem offenen Ausbruch der Bankenkrise unter Führung Merkels und Schäubles „gerettet“ wurde, wie die Krise privater Banken in eine „Staatsschuldenkrise“ umgedeutet und umgewandelt wurde, wie die Schulden privater Geldinstitute den Staaten und den Steuerzahlern aufgebürdet wurden und die Staatshaushalte zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsschichten durch eine gnadenlose Austeritätspolitik „saniert“ werden, hat die soziale Kluft in den Gesellschaften aller EU-Mitgliedsstaaten, auch in Deutschland, rasant vertieft. Die durch die Interventionspolitik des Westens im Nahen Osten und Nordafrika ausgelöste Flüchtlingskrise und das Unvermögen und der Unwillen der EU, diese fundamentale Krise solidarisch und einvernehmlich zu lösen, hat den schönen Schein der europäischen Einheit arg lädiert. Die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge – Opfer nicht nur von Schlepperbanden, sondern vor allem einer fehlenden humanitären und geordneten europäischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik – erreicht traurige Rekorde. Statt eine Lösung der Flüchtlingsprobleme mit allen EU-Staaten herbei zu führen, wurde auf Betreiben Merkels Erdogan zum Türsteher gemacht, wofür er Milliarden erhält. Seine Verfolgung der Opposition und der kurdischen Minderheit ist von Seiten der EU bisher (23.11.2016) so gut wie folgenlos geblieben. Griechenland und Italien werden mit den Problemen, die sie bei der Aufnahme von Flüchtenden haben, unzureichend unterstützt. Für die Beseitigung der Fluchtursachen im Nahen Osten und in Afrika wird kaum etwas getan.

Drittens wurden nach dem Ende des Kalten Krieges die hoffnungsvollen Ansätze zu einer neuen Ära der Sicherung des Friedens, der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und der Abrüstung durch eine rigorose Politik des Strebens nach einer geopolitischen Vorherrschaft des Westens gegenüber Russland und anderen Staaten zerstört. Durch brutale militärische Interventionen mit hunderttausenden Opfern, durch unverantwortliche riesige Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete, wobei auch Despoten beliefert werden, und eine auch auf Betreiben der Regierung Merkel /Steinmeier erfolgte Wiederbelebung des Kalten Krieges gegen Russland wurde die Gefahr eines Weltkrieges erhöht. Die tonangebenden Thinktanks, Medien und Politiker des Westens fahren unter dem Vorwand der Durchsetzung von Menschenrechten auf volles Risiko und scheuen auch vor Bündnissen mit Despoten und Massenmördern nicht zurück.

Viertens wurde parlamentarische Demokratie seit den Achtziger Jahren in eine „Konsens-Demokratie“ und „marktkonforme Demokratie“ umgewandelt, in der es zur Politik der tonangebenden Persönlichkeiten und der hinter ihnen stehenden Lobbyisten keine Alternativen geben darf, das Parlament verkommt zu einer Abnickmaschine. Die Art und Weise des Umgangs mit TTIP und CETA zeigt, wie weit die Rechte des Parlaments inzwischen ausgehebelt worden sind. Alle politischen Prozesse wurden auf die Durchsetzung der Interessen der Superreichen ausgerichtet. Schreiende Ungerechtigkeiten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bleiben ohne angemessene politische Reaktion. Staat und Gesellschaft verkommen immer mehr zu einem System der „organisierten Verantwortungslosigkeit“, wie ein deutscher Bischof formulierte. Unfähige Spitzenmanager streichen obszön hohe Boni ein, während die von ihnen „geführten“ Konzerne wackeln und die Belegschaften die Rechnung für das Missmanagement abgehobener Typen bezahlen müssen.

Fünftens erleben wir den Beginn einer schleichenden Aushöhlung der Freiheit der politischen Meinungsäußerung, indem öffentliche Diskussionen vielfach unterdrückt werden und die Medien, wie weiland in der DDR, zunehmend zu Verlautbarungsorganen der Oberen verkommen.

Sechstens ist die Kanzlerschaft Angela Merkels durch eine unglaubliche Konzeptionslosigkeit, überstürzte Wendungen, Nichteinhalten von Koalitionsabsprachen und Untätigkeit („Aussitzen“) auf vielen Problemfeldern gekennzeichnet.

Fazit: Unter der Kanzlerschaft Angela Merkels wurde die Gesellschaft insgesamt im Interesse des großen Kapitals neu formiert. Jetzt, da die Katze aus dem Sack ist, Frau Merkel wieder kandidieren wird und Herr Steinmeier, der die ganze Entwicklung in allen Punkten maßgeblich mit herbeigeführt hat, Bundespräsident werden soll, kann man nur fordern:

Dieser verhängnisvolle Weg muss verlassen werden! Was wir brauchen, ist eine linke Alternative! -Eckhard Griebel-

Wahlversprechen werden erneut verschoben

Der große Wurf in der Rentenreform wird ausbleiben, trotz der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU. Man ist bereits im Wahlkampfmodus. Was da an Vorschlägen oder Konzepten von Ministerin Nahles noch realisiert wird, ist offen. So gibt es den Vorschlag, bis 2025 in Stufen die Ost- und Westrenten anzugleichen, das Rentenniveau bis 2045 auf 46 Prozent festzuschreiben und den Beitragssatz in dieser Zeit nicht über 25 Prozent steigen zu lassen. Die Renten für Menschen mit geminderter Erwerbsfähigkeit sollen künftig so berechnet werden, als ob sie bis 65 Jahre gearbeitet hätten, nicht wie heute bis 62. Die Verbesserungen sollen im Zeitraum zwischen 2018 und 2024 erfolgen. Fazit: Alles vertagt, alles aufgeschoben in die nächste Wahlperiode. Nach großer Rentenreform klingt das nicht. Und was noch realisiert werden soll, hilft den Arbeitnehmern weniger als den Unternehmen. So ist es bei den Reformvorschlägen zur Betriebsrente. Um eine bessere Absicherung im Alter für Geringverdiener zu gewährleisten, wolle man die Betriebsrente für kleine und mittlere Betriebe attraktiver machen. So sollen Arbeitnehmer staatliche Zuschüsse zu den Beiträgen zu einer Betriebsversicherung erhalten und ein Teil der Arbeitgeberzahlungen soll von der Steuer freigestellt werden. Außerdem soll die Grundzulage für die Riester-Rente von 154 auf 165 Euro steigen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen zudem in Tarifverträgen vereinbaren können, dass die Haftung der Arbeitgeber für die Betriebsrenten entfällt und Versorgungseinrichtungen keine Mindestleistungen mehr versprechen müssen. Die Regierungskoalition präsentiert uns eine Mogelpackung. Die neue Betriebsrente läuft auf eine staatliche Förderung zugunsten von privaten Betrieben hinaus (Haftungsausschluss). Wenn weiteres Geld in Betriebsrenten fließt, dann schwächt das die gesetzlichen Rentenkassen. Und die Finanzberater werden sich über neue Provisionen freuen. Es wird wenigen Rentnern minimale Verbesserungen bringen. Der Mehrheit wird die Reform eher schaden. Die letzte Finanzkrise hat doch gezeigt, dass die kapitalgedeckte Riesterrente und auch die Betriebsrenten gelitten haben. Daraus haben Schäuble und Nahles nichts gelernt. Es wird weiter der Weg beschritten zur Durchlöcherung und Zerstörung der Umlagerente. Auf der einen Seite Schonung der Arbeitgeber sowie Erweiterung des Geschäftsmodells der Banken und Versicherungen und auf der anderen Seite Plünderung des Steuerstaates und die Zerschlagung der Sozialversicherungen. Dazu eine unerträgliche Propaganda, man wolle für die kleinen und mittleren Einkommen etwas tun. Wirklich helfen würde, die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Sie wäre dauerhaft gesichert, wenn alle Berufstätigen (auch Beamte, Freiberufler und Selbstständige) in diese einzahlen und höhere Löhne gezahlt würden. Eine Rentenreform, die in diese Richtung zielt, hat nun auch die Thüringer SPD auf ihrem Parteitag gefordert. Der Leitantrag des Landesvorstandes, der diese Forderung enthält, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

-Dr. Bernd Schepeler-

Mahnendes Gedenken am 9. November *Foto: Griebel*

Termine Dezember 2016

Mo	05.12.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung der Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	06.12.	17.30 Uhr	Sitzung Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mo	12.12.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung der Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	14.12.	15.00 Uhr	Jahresabschluss BO Himmelreich/K.-M-Str./Goldlauter Begegnungsstätte der Volkssolidarität
Mi	14.12.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mi	28.12.	14.00 Uhr	AG Senioren/Seniorenkaffee, Geschäftsstelle

Filmempfehlung

9. Dezember 2016, 19.00 Uhr
Filmabend mit der „Schauburg2Go“
in der Schul- und Volkssternwarte Suhl, Eintritt frei
„Der schweigende Stern“
DDR / Polen 1960
Regie: Kurt Maetzig
Literarische Vorlage:
Stanislaw Lem "Der Planet des Todes"
Auszeichnung
II. Utopisches Filmfestival Triest (1964): "Das goldene Raumschiff"

Vorgemerkt

Mittwoch, 25. Januar 2017, 18.30 Uhr, Kulturbaustelle
„Fünf Patronenhülsen“
DDR 1960
Regie: Frank Beyer
Drehbuch: Walter Gorrisch
u.a. mit: Fritz Diez, Fred Düren, Erwin Geschonneck, Manfred Krug, Armin-Mueller-Stahl, Ulrich Thein Eine Veranstaltung des Gesprächsforums „Alternativ“ und der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen in Zusammenarbeit mit der AG Geschichte in Erinnerung an die Suhler Teilnehmer am Kampf der Internationalen Brigaden für die Verteidigung der Demokratie in Spanien (1936-1939)